

Große Anfrage

der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Marliese Dobberthien, Peter Dreßen, Dagmar Freitag, Konrad Gilges, Karl-Hermann Haack (Extertal), Renate Jäger, Erika Lotz, Ulrike Mascher, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Renate Rennebach, Hans-Eberhard Urbaniak, Dr. Angelica Schwall-Düren, Petra Ernstberger, Eike Hovermann, Klaus Kirschner, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Brigitte Lange, Waltraud Lehn, Dr. Martin Pfaff, Gudrun Schaich-Walch, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Regina Schmidt-Zadel, Antje-Marie Steen, Dr. Wolfgang Wodarg, Verena Wohlleben, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Siegfried Scheffler, Dieter Schanz, Walter Kolbow, Dieter Maaß (Herne), Lothar Ibrügger, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Monika Heubaum, Heide Mattischeck, Uta Titze-Stecher, Dr. Uwe Küster, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima

Die fortgesetzten Kürzungen und Aushöhlungen unserer sozialen Sicherungssysteme beurteilt die Bundesregierung lediglich unter dem Aspekt der erhofften Einsparungen im Bundeshaushalt. Die gegenwärtige Finanzkrise ist jedoch keine Entschuldigung dafür, die längerfristigen gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Gesetzesvorhaben außer acht zu lassen. Kurzsichtige Kürzungsmaßnahmen, deren Ende und deren tatsächliches finanzpolitisches Ergebnis nicht abzusehen sind, gefährden den sozialen Frieden in zunehmendem Maße.

Unberücksichtigt läßt die Bundesregierung die andere Seite, nämlich die Betroffenen: jeder Sparerfolg im Bundeshaushalt reißt ein neues Loch in die Haushaltskasse, die Aushöhlung des Arbeitsrechts verstärkt Unsicherheit und Angst vor Arbeitslosigkeit, jede Kürzung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik verringert die Chancen und Hoffnungen auf Wiedereingliederung, und mit zunehmendem sozialem Kahlschlag kommt es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Betroffenen.

Schon mehrfach hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, der SPD vorgeworfen, sie rede nur von Zahlen, nicht von Menschen. Abgesehen davon, daß die von der Bundesregierung vorgetragene angeblichen Einsparvolumina auch zur Gattung der Zahlen gehören, sind Statistiken eine notwendige Krücke zur Veranschaulichung des Ausmaßes von Ver-

änderungen in unserem Land: hervorgerufen durch die zahllosen kleinen und größeren Einspar-Gesetze der Bundesregierung, die von vielen schon als alltäglich hingenommen werden.

Die im folgenden geforderten Zahlen sollen zurück zu den Menschen hinter den Gesetzen führen. Es geht auch darum, das Ausmaß der gesellschaftlichen Spaltungen zu erfahren. Inwieweit ist der Zusammenhalt der Menschen im Betrieb und in der Region bereits zerstört?

Haben nicht hohe Scheidungsraten, die Zunahme von Alkohol- bzw. Drogenmißbrauch und die teilweise erschreckende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen etwas mit dem Sozialabbau und der Perspektivlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu tun?

Unentbehrlich sind vor allem langfristige Untersuchungen über die gesellschaftlichen Veränderungen seit dem Regierungswechsel 1982. Wie hat sich seitdem das gesellschaftliche Klima, die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland verändert?

Wie entwickelt sich die soziale Mobilität?

Sind weitere Kürzungen – die z. B. aus der Koalition vorgeschlagen werden – nicht noch ein weiterer Schlag gegen den sozialen Konsens?

Welche Auswirkungen hat diese Art von Politik auf die Lebensumstände, die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen?

Eine Gesamtbilanz der Sozialpolitik der Regierung Kohl wird aber seit der Wiedervereinigung durch die Vorlage von nur noch gesamtdeutschen Daten erschwert. Auf diese Weise wird die langfristige Entwicklung in Westdeutschland verschleiert und ist für den Bürger kaum noch nachvollziehbar. So verfälscht z. B. die Angabe der gesamtdeutschen Sozialleistungsquote durch die darin enthaltene sehr hohe Sozialleistungsquote für die neuen Bundesländer die tatsächliche Entwicklung in Westdeutschland. Die gesamtdeutsch ansteigende Sozialleistungsquote kann auf diese Weise zur Legitimierung des Sozialabbaus mißbraucht werden. Die Diskussion um die Sozialleistungsquote blendet ohnehin die Ursachenanalyse weitgehend aus.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

I. Einkommensentwicklung seit 1982

1. Wie hat sich seit 1982 die Zusammensetzung der Privathaushalte getrennt nach Westdeutschland und den neuen Bundesländern entwickelt, differenziert nach den Haushaltsgruppen der
 - a) Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft,
 - b) Angestellten,
 - c) Arbeiter,
 - d) Beamten,
 - e) Rentner,
 - f) Arbeitslosen,

- g) Sozialhilfeempfänger,
h) Privathaushalte insgesamt, und wie bewertet die Bundesregierung die Veränderungen in der Zusammensetzung der Haushaltsgruppen?
2. Wie hat sich seit 1982 das durchschnittliche verfügbare Einkommen getrennt nach Westdeutschland und den neuen Bundesländern bei Umrechnung von Haushaltsmitgliedern in Verbrauchereinheiten mit einer Gewichtung von Haushaltsbezugsperson = 1, weitere Haushaltsmitglieder ab 14 Jahren = 0,7, Kinder unter 14 Jahren = 0,5 nach Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (= DIW) oder vergleichbare Umrechnung verändert in den Haushaltsgruppen der
- a) Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft,
b) der Angestellten,
c) der Arbeiter,
d) der Beamten,
e) der Rentner,
f) der Arbeitslosen,
g) der Sozialhilfeempfänger,
h) der Privathaushalte insgesamt?
- Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung der verfügbaren Einkommen?
3. Wie entwickelten sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit verglichen mit der Nettowertschöpfung (einschließlich der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Bankdienstleistungen unterstellten Entgelte) in Westdeutschland seit 1982 und in Gesamtdeutschland aufgeteilt nach Ost und West seit 1990?
4. Wie haben sich die realen Nettolöhne und -gehälter von 1982 bis 1990 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland, auch getrennt nach West und Ost, verändert?
- a) Welche Auswirkungen hatte die Entwicklung auf die Kaufkraft der Arbeitnehmer (auch unter Berücksichtigung der sonstigen Einkommen) und den privaten Verbrauch?
b) Inwieweit weicht die Entwicklung der Arbeitseinkommen von der Entwicklung der Gesamteinkommen der Arbeitnehmerhaushalte ab?
5. Welche Entwicklungen nahmen die Realeinkommen von Arbeitslosen seit 1982 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland, und zwar insgesamt und aufgegliedert nach der unterschiedlichen Höhe der Lohnersatzleistungen?
6. Welche Diskrepanz ergibt sich bei der Korrelation von der durchschnittlichen Höhe des Arbeitslosengeldes mit 60 bzw. 67 % des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts deutscher Arbeitnehmer?
7. Wie bewertet die Bundesregierung die Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung zur Einkom-

menslage in den neuen Bundesländern und Westdeutschland im Vergleich (1990 bis 1995) auf der Grundlage der Definition eines soziokulturellen Existenzminimums nach dem Ratsbeschluß der EU vom 19. Dezember 1984 (s. DIW-Wochenbericht 50/1995, S. 863 ff.)?

8. Wie hoch ist nach Berechnungen der Bundesregierung das Einsparvolumen in der sozialen Sicherung seit 1982 in Westdeutschland bzw. seit 1990 in Deutschland insgesamt?
- a) In welchem Umfang haben die Einsparungen zur Schaffung neuer regulärer Arbeitsplätze beigetragen, und inwieweit hat sich dadurch die soziale Lage der Leistungsempfänger einerseits und die der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen andererseits verändert?
- b) Wie hat sich seit Inkrafttreten der Spargesetze die Arbeitslosenquote erhöht, insbesondere die der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren?

II. (Um-)Verteilung

9. Wie hat sich die Sozialleistungsquote, also die Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, von 1982 bis heute in Westdeutschland verändert?
- a) Welche Entwicklung ergibt sich gesamtdeutsch seit der Wiedervereinigung?
- b) Wie hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf die Sozialleistungsquote ausgewirkt?
- c) Wie haben sich die Finanzierungsanteile der Sozialleistungsquote (Staat, Arbeitnehmer, Arbeitgeber) seit 1982 entwickelt?
10. Welche Entwicklung ergibt sich für Westdeutschland seit 1982, wenn die Entwicklung der Sozialleistungsquote mit der Zunahme der Leistungsempfänger (Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe etc.) korreliert wird?
- a) Welche Entwicklung für das Versorgungsniveau ergibt sich?
- b) Stimmt die Bundesregierung der Erkenntnis zu, daß die Sozialleistungsquote folglich doch nicht so aussagekräftig ist für die Beurteilung der sozialen Lage?
- c) Welche Indikatoren sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet zur Beschreibung der sozialen Lage der Sozialleistungsempfänger?
11. Wie hat sich die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der Selbständigen, seit 1982 in Westdeutschland entwickelt?

Wie ist die Entwicklung gesamtdeutsch (aufgeteilt nach Ost und West) seit der Wiedervereinigung?

12. Wie hat sich seit 1982 in Westdeutschland
 - a) der Anteil der Lohnsteuer und
 - b) der Anteil der Unternehmensteuern am Gesamtsteueraufkommen geändert?
13. Wie wird sich die Abschaffung der Vermögensteuer sowie eventuell der Gewerbesteuer auf die prozentualen Anteile von Lohnsteuer und Unternehmensteuern am Gesamtsteueraufkommen auswirken?
14. Wie hat sich seit 1982 die soziale Mobilität im Sinne einer Chancengleichheit beim Erwerb von Bildung verändert?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Zusammensetzung der Studienanfängerquote aufgegliedert nach sozialer Stellung und Beruf der Eltern?
 - b) Welche Rolle spielt das Familieneinkommen für die Ausbildung der Kinder?
 - c) Wie und in welchem Umfang wirken sich dabei staatliche Transfers aus?

III. Frauen, Familien und Alleinerziehende

15. Auf welche Wirtschaftsbereiche konzentriert sich die Frauenerwerbstätigkeit getrennt für Ost- und Westdeutschland?
 - a) Welche Veränderungen hat es hier seit 1982 in den alten bzw. 1990 in den neuen Bundesländern gegeben?
 - b) Wie hat sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen bzw. mit überdurchschnittlichen Einkommen in Westdeutschland seit 1982 verändert?
16. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Erwerbsneigung von Frauen getrennt nach Westdeutschland seit 1982 und Ostdeutschland seit 1990?
17. Wie reagiert die Bundesregierung auf wiederholte Äußerungen von führenden CDU-Politikern aus Sachsen, wonach die Frauenerwerbsneigung in den neuen Bundesländern langfristig auf das westdeutsche Niveau abgesenkt werden sollte?
18. Wie hoch ist der Anteil von Frauen an den Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten sowie an den Arbeitslosen getrennt für Ostdeutschland seit 1990 bzw. Westdeutschland seit 1982?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung die Zahlen bezogen auf die Erwerbsneigung von Frauen?
 - b) Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung angesichts sich verändernder geschlechtsspezifischer Rollenmodelle einer eigenständigen Existenzsicherung von Frauen bei?
 - c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Schaffung qualifizierter Teilarbeitsplätze für Männer und Frauen zu erreichen?

19. Wie hat sich in Westdeutschland seit 1982 die Zahl der Haushalte von Alleinerziehenden, getrennt nach Geschlechtern, entwickelt?
- a) Wie hat sich seit 1982 in Westdeutschland die Zahl der Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand bzw. Alleinverdienern verändert?
- b) Wie hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße dieser Haushaltstypen seit 1982 in Westdeutschland entwickelt?
- Welchen Bedeutungszuwachs haben diese beiden Haushaltstypen seit 1982 in Westdeutschland erfahren?
- c) Wie entwickelte sich die Quote der auf Sozialhilfe anspruchsberechtigten alleinerziehenden Frauen von 1982 bis 1997?
20. Welche Projekte unterstützt bzw. welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich von Ganztagschulen, einem hinreichenden Angebot von Ganztagskindergärten und Krippen, um insbesondere alleinerziehenden Männern und Frauen mit Erwerbsnotwendigkeit die Möglichkeit zu geben, qualifizierte Voll- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse auszuüben?
21. Wie hat sich in Westdeutschland seit 1982 das durchschnittlich verfügbare Einkommen von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand bezogen auf das entsprechende Einkommen von Haushalten mit männlichem Haushaltsvorstand verändert bei Umrechnung von Haushaltsmitgliedern in Verbrauchereinheiten mit einer Gewichtung von Haushaltsbezugsperson = 1, weitere Haushaltsmitglieder über 14 Jahre = 0,7 und Kinder unter 14 Jahren = 0,5 unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Kostendegression der Wirtschaftsführung bei wachsender Haushaltsgröße?
- a) Wie hoch ist der Anteil von Kindern in der Sozialhilfe – differenziert nach Eineltern- und Zweielternfamilien?
- b) Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil von Kindern, die durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe in den Sozialhilfebezug gelangen werden?
22. Wie sieht dieses Einkommensverhältnis aus für
- a) weibliche und männliche Selbständige außerhalb der Landwirtschaft,
- b) Arbeiter und Arbeiterinnen,
- c) weibliche und männliche Angestellte,
- d) weibliche und männliche Beamte,
- e) weibliche und männliche Auszubildende?
23. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Benachteiligung von Frauen im Berufsleben endlich zu beenden?

IV. Behinderte

24. Wie haben sich die Realeinkommen von Behinderten seit 1982 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland verändert?
25. Wie haben sich die Realeinkommen von weiblichen Behinderten im Alter von 18 bis 65 Jahren in Westdeutschland seit 1982 und in Gesamtdeutschland seit 1990 entwickelt differenziert nach den
 - a) im regulären Arbeitsmarkt beschäftigten bzw. selbständigen Behinderten,
 - b) im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und in Werkstätten beschäftigten Behinderten?
26. Wie haben sich die Realeinkommen von männlichen Behinderten im Alter von 18 bis 65 Jahren in Westdeutschland seit 1982 und in Gesamtdeutschland seit 1990 entwickelt differenziert nach den
 - a) im regulären Arbeitsmarkt beschäftigten bzw. selbständigen Behinderten,
 - b) im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt und in Werkstätten beschäftigten Behinderten?
27. Welche Aussagen kann die Bundesregierung zur Lebens- und Einkommenssituation derjenigen rd. 2 Millionen Schwerbehinderten machen, die zwar dem Erwerbsalter (zwischen 15 und 65 Jahren) zuzuordnen, gleichwohl nicht im Arbeitsleben integriert sind?
28. Wie würden sich die von der Rentenkommission der Bundesregierung vorgeschlagenen Änderungen im Rentenrecht auf die Behinderten auswirken?
29. Welche Entwicklung hat die Arbeitslosigkeit von Behinderten – aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern – in Westdeutschland seit 1982 und in Gesamtdeutschland seit 1990 genommen?
30. Wie hat sich die Arbeitslosigkeit von Behinderten, gemessen an der Entwicklung der Gesamtarbeitslosigkeit seit 1982 in Westdeutschland und seit 1990 in Gesamtdeutschland entwickelt?
31. Hält die Bundesregierung besondere Integrationsbetriebe und -abteilungen zur Eingliederung besonders betroffener Schwerbehinderter für erforderlich, und wird sie die Schaffung solcher Projekte aus dem Ausgleichsfonds modellhaft fördern?
32. Ist der Bundesregierung bekannt, wie insbesondere die Berufsförderungs- und -bildungswerke (BfW/BbW) sowie die Werkstätten für Behinderte die Einschränkungen beim Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation bewerten?
33. Wie bewerten die Träger, daß bei der beruflichen Rehabilitation 500 Mio. DM eingespart werden sollen?

34. Sind die Träger der Auffassung, daß trotz des vorgegebenen Einsparvolumens eine sachgerechte Rehabilitation nicht gefährdet ist?
35. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um sicherzustellen, daß sich die Kürzungen in der Rehabilitation auf die Wiedereingliederungschancen und die Arbeitslosigkeit von Behinderten nicht negativ auswirken?
36. Wie steht die Bundesregierung dazu, daß in § 10 SGB I das Recht auf Hilfen zur Rehabilitation und Eingliederung statuiert wird, dieser Anspruch dann aber durch die Vorschriften der besonderen Teile dieses Gesetzbuches nicht eingelöst wird?
31. In welchen Maßen sind Frauen mit Behinderungen, die ohnehin verschiedenste Kritikpunkte an den BfW/BbW haben (z. B. zu wenig wohnortnah etc.), dadurch betroffen?
38. Wie ist die Entwicklung des Anteils von Frauen mit Behinderungen in den BfW/BbW 1982 bis heute, und welche Entwicklung wird diesbezüglich aufgrund der Einschränkungen beim Rechtsanspruch für Frauen erwartet?
39. Wie beurteilt die Bundesregierung die Abschaffung und Einschränkung des Rechts auf Rehabilitationsleistungen vor dem Hintergrund der von ihr selbst eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere dem Übereinkommen 159 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 20. Juni 1993, der VN-Deklaration über die Rechte behinderter Menschen vom 9. Dezember 1975, der Rahmenbestimmungen der VN für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte vom 20. Dezember 1993 sowie dem Teilabkommen des Europarats „Eine kohärente Politik für behinderte Menschen“ vom 9. April 1992 und dem im Grundgesetz unter Artikel 3 Abs. 3 dargelegten Ausschluß der Benachteiligung von Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland?

V. Mißbrauch von Sozialleistungen

40. Wie hoch beziffert die Bundesregierung die Anzahl der tatsächlich mißbrauchten Sozialleistungen gemessen an der Höhe der gezahlten Leistungen und an der Zahl der Leistungsempfänger?
41. Wie viele Strafanzeigen sind seit 1990 pro Jahr gegen Leistungsempfänger wegen mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen erstattet worden, und welchem prozentualen Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?
Wieviel dieser Strafanzeigen führten später tatsächlich zu einer Verurteilung, und welchem prozentualen Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?
42. Wie oft wurden seit 1990 pro Jahr Sperrzeiten wegen Ablehnung zumutbarer Arbeit gegen Leistungsempfänger verhängt, und welchem Anteil an den Gesamtleistungsempfängern entspricht das?

43. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Arbeitgebermißbrauch vor allem in bezug auf Nichtentrichtung von Sozialbeiträgen und durch illegale Beschäftigung?
44. Inwieweit leisten nach Auffassung der Bundesregierung die Arbeitgeber Beihilfe zum Mißbrauch durch nicht ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln (z. B. falsche Angaben auf den Rückmeldekarten der Arbeitsämter)?
45. Besitzt die Bundesregierung mittlerweile, vielleicht durch die im Föderalen Konsolidierungs-Programm-Gesetz (FKPG) angekündigte neustrukturierte Sozialhilfestatistik, Zahlen zum Mißbrauch in der Sozialhilfe?
- a) Wenn ja, wie oft und in welchen Bereichen wird Sozialhilfe mißbraucht und wie hoch ist der Mißbrauchsgrad gemessen an der Zahl der Gesamtempfänger?
- b) Wenn nicht, teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie bei Sozialhilfeempfängern unter 18 Jahren, Mißbrauch weitestgehend ausgeschlossen werden kann?

Wie hoch schätzt die Bundesregierung vom vorhergehenden ausgehend die Mißbrauchsquote in der Sozialhilfe?

46. Gibt es Untersuchungen über die Auswirkungen der andauernden Mißbrauchsdebatte von Sozialleistungen auf das Selbstwertgefühl und das psychische Befinden von Arbeitslosen (insbesondere Langzeitarbeitslosen) und anderen Sozialleistungsempfängern?
- a) Wenn ja, stimmt die Bundesregierung mit den Ergebnissen überein und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
- b) Wenn nicht, beabsichtigt die Bundesregierung eine derartige Studie durchzuführen?
47. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Mehr an besser geschultem und ausgebildetem Personal in den Sozialämtern und Arbeitsämtern ein Weniger an Leistungsanspruchnahme, Verweildauer im Leistungsbezug und Mißbrauch von Leistungen zur Folge hätte?
48. Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, wie sich infolge der vorgenommenen Personaleinsparungen in den Arbeits- und Sozialämtern bei gleichzeitiger Zunahme der Betroffenen die persönliche Betreuung, also auch das Zeitkontingent verändert, das jeweils für die Bearbeitung eines „Falles“ bzw. eines Leistungsempfängers zur Verfügung steht?
- Hält die Bundesregierung diese Entwicklung für sachgerecht im Sinne von Mißbrauchsbekämpfung und Wiedereingliederung z. B. in den Arbeitsmarkt?
49. Hält die Bundesregierung diese Entwicklung für sachgerecht im Sinne von Mißbrauchsbekämpfung und Wiedereingliederung z. B. in den Arbeitsmarkt?

VI. Gesellschaftliches Klima und Zusammenhalt

50. Wie beurteilt die Bundesregierung im Zuge des Sozialabbaus den kausalen Zusammenhang zwischen geringem sozialen Status und den daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf körperlichen und seelischen Zustand der Betroffenen?
51. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die psychischen und physischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit auf die Betroffenen und ihre Familien vor dem Hintergrund der sich zunehmend dramatisch verschlechternden Arbeitsmarktsituation?
52. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die andauernde, von der Presse größtenteils dankbar aufgegriffene Mißbrauchsdebatte, das Solidargefühl der Bevölkerung gegenüber betroffenen Bedürftigen aushöhlt und damit einen wichtigen Grundkonsens unserer Gesellschaft in Frage stellt?
- a) Wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung diese Entwicklung einzudämmen?
- b) Inwieweit beeinflußt die Mißbrauchsdebatte das Verhalten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Arbeits- und Sozialämtern?
53. Liegen der Bundesregierung Informationen aus Befragungen etc. darüber vor,
- was die Bürger unter Sozialstaat und sozialer Marktwirtschaft verstehen,
 - wie weitreichend die soziale Absicherung des einzelnen sein sollte,
 - wie viele Bürger am Sozialstaat und der sozialen Marktwirtschaft festhalten wollen, und wo sie ggf. bereit wären, Abstriche zu machen?
- Wenn der Bundesregierung keine Daten zu diesen Fragestellungen vorliegen, plant sie dann entsprechende Erhebungen vorzunehmen?
54. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Akzeptanz des Leistungsabbaus und der Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung bei der Bevölkerung?
55. Wie bewertet die Bundesregierung die Protestaktionen der Bevölkerung z. B. zum „Sparpaket“ verglichen mit der Protestwelle in Frankreich?
56. Wie beurteilt die Bundesregierung die durch das neue Gesetz hervorgerufenen Auseinandersetzungen der Tarifvertragsparteien um die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vor dem Hintergrund der Debatte um den Wirtschaftsstandort Deutschland?
57. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der bisherige soziale Frieden in Deutschland, gerade auch bei Tarifaufeinandersetzungen, ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Standortvorteil Deutschlands ist?

58. Werden sich die bereits vorgenommenen und noch geplanten Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung nach Meinung der Bundesregierung auch dann rentiert haben, wenn trotz allem Deutschland die Maastricht-Kriterien für die europäische Währungsunion nicht erfüllt?
59. Inwieweit hat sich die Einstellung der Bevölkerung zur EU verändert?
60. Inwieweit spielten dabei Lohn- und Sozialdumping eine Rolle?
61. Welche Gründe sind dafür nach Meinung der Bundesregierung maßgeblich?
62. Inwieweit hat speziell die gemeinsame Diskussion von Sozialstaatsdebatte und europäischer Währungsunion die Zustimmung zur europäischen Einigung geschwächt?
63. Inwieweit ist nach Auffassung der Bundesregierung die Standortdebatte für Vorschläge zur Deregulierung und zum Sozialabbau vereinnahmt worden?
64. Welche Voraussetzungen sind nach Auffassung der Bundesregierung für ein positives gesellschaftliches „Klima der Eingliederung“ erforderlich?
65. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der mit Arbeitgeber-Argumenten geführten Sozialstaats- und Standortdiskussion auf die gesellschaftliche Bereitschaft zur Solidarität mit behinderten und sozial schwächeren Menschen bzw. auf das „Klima der Eingliederung“ in der Gesellschaft insgesamt?

VII. Deutschland im internationalen Vergleich

66. Wie hat sich die bereinigte Lohnquote in den EU-Ländern, USA, Kanada und Japan seit 1982 verändert?
67. Wie haben sich die Lohnstückkosten – nominal in nationaler Währung – seit 1982 in den EU-Ländern verändert (Basisjahr 1982 und 1990)?
68. Wie ist die Besteuerung von Vermögen gegenwärtig in den G7-Ländern geregelt?
69. Wie ist das Verhältnis von Unternehmensteuern zu Lohnsteuern in den G7-Ländern?
70. Welchen prozentualen Anteil haben Frauen in den EU-Ländern, USA, Kanada und Japan an den Erwerbstätigen und an den Arbeitslosen?
71. Auf welche Wirtschaftsbereiche konzentriert sich Frauenerwerbstätigkeit?
72. Wie hoch ist in den EU-Ländern der Anteil von Frauen in Führungspositionen?
73. Wie ist das Angebot an Ganztagschulen, Ganztagskindergärten und Krippen in Deutschland, verglichen mit den Ländern der EU, zu bewerten?

74. Wie hat sich die Sozialleistungsquote in den EU-Ländern seit 1982 entwickelt?
75. Wie erklären sich die Unterschiede in der Sozialleistungsquote nach dem Sozialbudget und nach der Berechnung durch Eurostaat?
76. Liegen der Bundesregierung vergleichbare Daten aus den EU-Ländern über die Einstellung der Bevölkerung zum Sozialstaat allgemein und speziell zur sozialen Sicherung vor?
77. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß in vielen Ländern die Tarifparteien inzwischen nicht mehr die Kraft haben, flächendeckend Tarifverträge durchzusetzen?
78. Inwieweit ist eine Stärkung der Tarifvertragsparteien durch politische Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene möglich und sinnvoll?

Bonn, 30. April 1997

Ottmar Schreiner
Gerd Andres
Doris Barnett
Hans Büttner (Ingolstadt)
Dr. Marliese Dobberthien
Peter Dreßen
Dagmar Freitag
Konrad Gilges
Karl-Hermann Haack (Extertal)
Renate Jäger
Erika Lotz
Ulrike Mascher
Leyla Onur
Adolf Ostertag
Renate Rennebach
Hans-Eberhard Urbaniak
Dr. Angelica Schwall-Düren
Petra Ernstberger
Eike Hovermann
Klaus Kirschner
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Brigitte Lange

Waltraud Lehn
Dr. Martin Pfaff
Gudrun Schaich-Walch
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Regina Schmidt-Zadel
Antje-Marie Steen
Dr. Wolfgang Wodarg
Verena Wohlleben
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Siegfried Scheffler
Dieter Schanz
Walter Kolbow
Dieter Maaß (Herne)
Lothar Ibrügger
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Monika Heubaum
Heide Mattischeck
Uta Titze-Stecher
Dr. Uwe Küster
Wieland Sorge
Dr. Peter Struck
Rudolf Scharping und Fraktion